



Presseschau vom 17.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Marcel Joppa: Seltene Einblicke: Wie „Bild“-Chef Reichelt seinen Russland-Hass auslebt
Selten gewährt die „Bild“ externen Journalisten Einblicke in Redaktionsalltag und Chefetage. Dem britischen "Guardian" ist dies nun gelungen: In einem breit recherchierten Artikel kommen neben Chefredakteur Reichelt auch „Bild“-Kritiker zu Wort. Das Portrait zeigt die politische Agenda der Zeitung und den tiefsitzenden Hass gegenüber Russland. ...

<https://sptnkne.ws/DaTB>

deutsch.rt.com: „**Antikommunistische Säuberungsaktionen**“: **BND unterstützte mutmaßlich Massenmord in Indonesien**

Offiziell basiert die bundesdeutsche Außenpolitik auf der Förderung von Menschenrechten und Demokratie. Inoffiziell zeichnet die Realität ein ums andere Mal ein gänzlich anderes Bild. Im Falle Indonesiens rechtfertigte der Kampf gegen den Kommunismus mutmaßlich den Tod Hunderttausender Menschen. ...

<https://de.rt.com/28no>

Tilo Gräser: MH17-Prozess: „Anklage ist unhaltbar“ – Politikwissenschaftler van der Pijl

Der niederländische Politikwissenschaftler Kees van der Pijl hat sich intensiv mit den Vorgängen im die MH17-Katastrophe am 17. Juli 2014 in der Ostukraine beschäftigt, bei der 298 Menschen starben. Er beobachtet den internationalen Strafprozess, der dazu seit März

dieses Jahres in Amsterdam läuft. Im Interview erklärt er, wie er das sieht. ...

<https://sptnkne.ws/DaVc>

deutsch.rt.com: **Zum 35. Jubiläum: Rassismusdebatte um "Otto - der Film"**

Vor 35 Jahren kam "Otto - der Film" in die deutschen Kinos. In der Blödelkomödie fallen auch Begriffe für einen Schwarzen, die aus heutiger Sicht als rassistisch empfunden werden können. Ein Beispiel dafür, wie sehr sich Wahrnehmung und Humor wandeln. ...

<https://de.rt.com/28pj>

Tilo Gräser: **MH17: Prozess im Stillstand und wenig Interesse an Aufklärung**

298 Menschen haben ihr Leben verloren, als am 17. Juli 2014 ein malaysisches Passagierflugzeug über der Ostukraine abgestürzt ist. Schnell haben Kiewer und westliche Politiker und Medien die angeblichen Schuldigen ausgemacht. Gerichtsfeste Beweise dafür fehlen bis heute. Das zeigt sich seit März auch beim MH17-Strafprozess gegen vier Angeklagte. ...

<https://sptnkne.ws/DbcV>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Britische Vorwürfe „beweislos“: Russischer Impfstoff-Investor zu angeblichen Hackerangriffen**

Der Chef des Russischen Fonds für Direktinvestitionen (RDIF), Kirill Dmitrijew, hat die Vorwürfe Großbritanniens über den angeblichen Klau der Daten zur Entwicklung des Corona-Impfstoffes zurückgewiesen.

„Ich glaube, dies ist ein Versuch, den russischen Corona-Impfstoff seitens jener Personen zu beflecken, die Angst vor dessen Erfolg haben. Der russische Impfstoff kann potenziell als erster auf den Markt kommen und sehr erfolgreich sein“, sagte Dmitrijew.

Er bezeichnete die Position Großbritanniens als beweislos und fügte hinzu, Russland brauche es nicht, Forschungsdaten zu stehlen, weil der britisch-schwedische Pharmakonzern AstraZeneca alle nötigen Daten den russischen Kollegen aus dem Unternehmen „R-Farm“ übermittelt hätte. Dieses soll den Corona-Impfstoff von AstraZeneca in Russland herstellen. Zuvor hatte das britische National Cyber Security Centre (NCSC) mitgeteilt, dass die angeblich in Verbindung mit Russland stehenden Hacker versucht hätten, Forschungsdaten zur Entwicklung des Corona-Impfstoffes in Großbritannien, den USA und Kanada zu stehlen. Moskau wies die Anschuldigungen vehement zurück. Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow habe Russland keine Informationen darüber, wer die britischen Pharmakonzerne angegriffen hatte.

Auch der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, hatte im Zuge eines Briefings zugegeben, dass die Uno keine Informationen bezüglich eines angeblichen Cyber-Angriffs habe.

„Wir haben keinen Kommentar oder Informationen angesichts der Berichte über Hackerangriffe, die Sie erwähnt haben“, sagte Dujarric.

de.sputniknews.com: **Moskau dementiert Londons Erklärung über „Einmischung“ in britische Wahlen**

Russland hat sich nie in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens eingemischt und wird das auch künftig nicht tun. Das sagte ein Sprecher der russischen Botschaft in London am Donnerstag in einer Stellungnahme zu den jüngsten Äußerungen des britischen Außenministers Dominic Raab.

Raab hatte zuvor in einer schriftlichen Erklärung an das Parlament in London behauptet, dass „gewisse russische Akteure mit der an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit“ (highly likely) versucht haben sollen, die britische Wahl von 2019 zu manipulieren.

In diesem Zusammenhang sei ein Strafverfahren eingeleitet worden. Raab zufolge hatten sich diese Akteure vertrauliche Dokumente zu einem britisch-amerikanischen Freihandelsabkommen illegal angeeignet und im Internet veröffentlicht.

Klare Position Russlands

„Unsere Position ist klar: Russland hat sich nie in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens eingemischt, ganz und gar nicht im Kontext demokratischer Wahlen. Was die Kooperation zu Problemen von allgemeinem Interesse betrifft, geht Russland dabei immer offen und wohlwollend vor“, betonte der russische Diplomat.

Wie diese in britischen Medien nur oberflächlich erwähnte Episode den Ausgang der Wahl hätte beeinflussen können, bleibe für Russland ein Geheimnis. „Wir können das nicht verstehen“, betonte er.

Anschuldigungen Großbritanniens inakzeptabel

Der Sprecher von Präsident Wladimir Putin, Dmitri Peskow, hatte zuvor erklärt, dass die britischen Vorwürfe einer Wahlmanipulation durch Russland „weder Hand noch Fuß“ hätten. „Derartige Anschuldigungen sind für Russland inakzeptabel“, erklärte Peskow.

vormittags:

de.sputniknews.com: Humanitäre Hilfe für Syrien: Russische Militärs bringen Einwohnern von zwei Dörfern Lebensmittel

Russische Militärs haben humanitäre Hilfe an Einwohner des Dorfes Hardatnin in der Provinz Aleppo und der Ortschaft Khbara-Segira in der Provinz al-Hasaka verteilt. Dies teilte der Vertreter des russischen Zentrums für die Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Maxim Solocha, vor Journalisten mit.

„Heute haben wir Lebensmittelpakete an die Notleidenden verteilt (...)“, sagte er. Solocha betonte, dass die russischen Militärs zum Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur beitragen würden. „Hier gibt es unter anderem Probleme mit der Wasserversorgung.“

Dorf Hardatnin

Die humanitäre Aktion fand in Hardatnin auf der zentralen Straße statt. Dort versammelten sich die Menschen noch vor der Ankunft der russischen Kolonne.

„Sie können sich gar nicht vorstellen, wie sehr wir auf jede Ankunft von euch warten. Es ist schwierig, eine große Familie zu ernähren, und diese Lebensmittel helfen uns eben, durchzuhalten. Sehen Sie, wie viele Menschen sich versammelt haben? In jeder Familie gibt es ältere Menschen, Kinder. Und sie alle, wir alle sind Russland für die Hilfe dankbar“, so eine Einwohnerin, die einer siebenköpfigen Familie angehört.

Im Dorf Hardatnin leben etwa 200 Familien. Die meisten von ihnen sind auf die Hilfe angewiesen, weil nach dem Abzug der Kämpfer viele keine Arbeit finden können. Laut den Aussagen des Dorfchefs bessert sich das Leben im Dorf dank den russischen Militärs und mit jedem Tag kehren immer mehr Einwohner zurück, die es während des Krieges verlassen mussten.

„Russlands Hilfe beweist nur, dass wir auf dem richtigen Weg, auf dem Weg zum Frieden, sind. Wir sind mit den Kämpfern fertig geworden und nicht im Stich gelassen worden. Hier, in unserem Dorf, ist allen bewusst, dass Ihr Land heute unsere Stütze ist. Danke, Russland!“, so der Chef der lokalen Administration.

Siedlung Khbara-Segira

Auch in Khbara-Segira versammelten sich die Menschen vor der Ankunft der russischen

Militärs.

„Wir verstehen hier in unserem Dorf sehr gut, dass diese humanitäre Hilfe, diese Lebensmittel, die ihr uns heute gebracht habt, nur ein kleiner Teil jener Unterstützung sind, die Russland dem in Not geratenen Syrien leistet. Dank Russland ist diese Not vorüber“, sagte der Direktor einer lokalen Schule.

Die Lebensmittelpakete bestehen aus Reis, Mehl, Zucker, Tee und Kondensmilch.

Im Rahmen zweier Aktionen haben die russischen Militärs mehr als 3,5 Tonnen Lebensmittel verteilt. Während des Konflikts in Syrien haben russische Militärangehörige den Syrern mehr als 4000 Tonnen Lebensmittel, Wasser und Bedarfsgüter gebracht.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31729/32/317293256_0:160:4928:2821_1000x541_80_0_0_b475ccffd4659f508add05d6f5a1792b.jpg

de.sputniknews.com: **Pentagon bestätigt Tests von Trumps „Super-Duper-Rakete“**

Das Pentagon hat die Worte des US-Präsidenten Donald Trump, denen zufolge die neue Hyperschallrakete die Schallgeschwindigkeit während der Tests um das 17-fache überschritten hatte, bestätigt.

„Tatsächlich bezog er sich (Trump – Anm. d. Red.) auf die jüngsten Raketentests, die wir im März durchgeführt haben und bei denen die Geschwindigkeit (der Rakete – Anm. d. Red.) die Schallgeschwindigkeit um das 17-fache übertraf“, sagte ein Pentagon-Verehrer gegenüber dem TV-Sender CNN.

Donald Trump hatte im Mai verkündet, die US-Streitkräfte hätten eine „Super-Duper-Rakete“ entwickelt, die die schnellste Hyperschallrakete der Welt werden solle. Die Rakete solle außerdem dreimal so schnell fliegen wie die schnellsten Raketen anderer Staaten wie Russland oder China.

Anfang Februar hatte der Chef des US-Strategiekommandos, Charles Richard, angekündigt, das Pentagon werde 2020 mit dem aktiven Testen von Hyperschallwaffen beginnen. Dieses Jahr solle für die Entwicklung von Hyperschallwaffen entscheidend sein.

Zugleich hatte der stellvertretende Pentagon-Chef, Alan Shaffer, erklärt, die Vereinigten Staaten würden angesichts der neuesten russischen Waffen, wie die Hyperschallsysteme „Avangard“, die nuklearen Abschreckungsfähigkeiten beibehalten und die nukleare Triade (Interkontinentalraketen, strategische U-Boote und Kampfflugzeuge) modernisieren.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. Juli 3:00 Uhr bis 17. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt

eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Golmowskij, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka.

Gestern wurden infolge des Beschusses der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks zwei Zivilisten verletzt:

- ein Frau, geb. 1961 (Splitterverletzung am Bein);

- ein Mann, geb. 1987 (Splitterverletzung am Rücken).

Außerdem wurden folgende Schäden festgestellt:

- Samarskaja-Straße 1 – Gebäude der in Betrieb befindlichen Schule Nr. 116 (Fassade beschädigt);

- Beslesnaja-Straße 3 – Geschäft;

- Bokj-Straße 13a.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 45.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 39.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Ausländische Flugzeuge spionieren nahe Russlands Grenzen: 7-Tage-Bilanz nun bekannt**

Im Laufe einer Woche sind Dutzende Aufklärungsflugzeuge nahe Russlands Grenzen geortet worden. Dies berichtet am Freitag die Zeitung der russischen Streitkräfte, „Krasnaja Swesda“.

Insgesamt 32 ausländische Flugzeuge führten eine Aufklärungstätigkeit entlang Russlands Grenzen durch. Unter anderem wurden innerhalb der letzten Tage vier Drohnen aus dem Ausland geortet.

Die russischen Kampffjets starteten vier Mal, um eine Grenzverletzung zu verhindern. Laut der Zeitung wurde kein Grenzverstoß registriert.

In letzter Zeit spionieren ausländische Drohnen und Aufklärungsflugzeuge besonders oft an den Grenzen Russlands. Sie werden über dem Schwarzen Meer, nahe des Kaliningrader Gebiets sowie unweit der russischen Stützpunkte in Syrien geortet. Dies gilt besonders für Flugzeuge der Vereinigten Staaten.

Das Pentagon weigert sich trotz der Aufforderungen des russischen Verteidigungsministeriums, die Geheimdienstoperationen an der russischen Grenze einzustellen.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32378/96/323789662_0:341:2375:1625_1000x54180_0_0_7c95068d449bd02a07a51498bdf2a602.jpg

de.sputniknews.com: **Rakete für Chinas erste Marsmission auf Startplatz gebracht**

Die Trägerrakete Langer Marsch 5 (Chángzhēng) ist auf den Startplatz Wenchang auf der Insel Hainan gebracht worden, von wo aus sie in den nächsten Wochen mit einer ersten chinesischen Marssonde abheben soll. Dies teilte die China Aerospace Science and Technology Corporation (CASC) am Freitag mit.

Die Rakete der CASC soll die erste chinesische Marssonde Tianwen-1 auf eine Transferbahn zwischen der Erde und dem Roten Planeten bringen.

„Es ist geplant, dass die erste chinesische Mission zur Marsforschung Tianwen-1 in der Zeit zwischen der zweiten Julihälfte und der ersten Augushälfte gestartet wird“, teilte die CASC mit.

Auch die Sonde Tianwen-1 ist bereits auf dem Startplatz. Laut chinesischen Medien könnte der Start am 23. Juli erfolgen. Laut den Forschern wird die Sonde sieben Monate brauchen, um die Marsoberfläche zu erreichen. Verläuft alles nach Plan, könnte Tianwen-1 2021 erste Daten auf die Erde übermitteln.

Tianwen-1 (chinesisch für „Himmelsfrage 1“) soll in eine Marsumlaufbahn einschwenken, landen und sich auf der Oberfläche bewegen. Die Forscher erhoffen sich neue Erkenntnisse über Atmosphäre, Landschaft, geologische Besonderheiten sowie das Magnetfeld des Roten Planeten – Daten, die Aufschluss über die Entstehung und Entwicklung des Mars und des ganzen Sonnensystems geben könnten.

Das wichtigste wissenschaftliche Ziel ist es jedoch, nach möglichen Lebensspuren zu suchen sowie nach Erkenntnissen darüber, ob der rote Planet künftig für eine Besiedlung durch Menschen geeignet sein könnte.

Lug-info.com: **Am 17. Juli um 9:00 Uhr sind in der LVR 591 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit. Davon wurde inzwischen nach zwei negativen Tests 504 als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 14 Todesfälle.**

deutsch.rt.com: **"Es war ein Putsch" – Argentinien erkennt Boliviens Regierung nicht an**
Argentiniens Außenminister Felipe Solá erklärte gegenüber Journalisten, dass sein Land keine Kontakte zu der provisorischen Regierung Boliviens unterhält. Man erkenne diese nicht an, die provisorische Áñez-Regierung sei durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen. Argentinien unterhält zu der amtierenden bolivianischen Regierung keinerlei Kontakte. Unterdessen hofft man, dass dort im September plangemäß Wahlen stattfinden und dass diese

sauber ablaufen, gab Argentiniens Außenminister bei einer Video-Presskonferenz bekannt. Zum Sieger dieser Wahlen werde man jedoch die normalen diplomatischen Beziehungen wiederaufnehmen – auch, falls Argentinien das Wahlergebnis nicht gefallen sollte.

„Wir haben keine Beziehungen mit der Übergangsregierung von Bolivien, wir erkennen sie nicht an. Denn es ist eine Regierung, die durch einen Staatsstreich hochkam. Wir müssen die Wahlen in Bolivien am 6. September abwarten, und wir werden denjenigen anerkennen, der sie gewinnt.“

Nachdem die von Carlos Mesa geführte Opposition in Bolivien massive Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen vom 20. Oktober 2019 gemeldet hatte, trat Evo Morales unter Druck des Militärs als Präsident zurück und verließ das Land. Dem folgte der Rücktritt der gesamten bolivianischen Führungsspitze sowie die Übergabe der Macht an die oppositionelle Vize-Sprecherin des Senats, Janine Áñez. Die Behörden kündigten neue Präsidentschaftswahlen an. Morales darf für diese Wahlen nicht kandidieren. Stattdessen verweilt er in Argentinien, von wo aus er den Präsidentschaftswahlkampf der "Bewegung für den Sozialismus" leitet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.07/article/5f11534848fbef749a4f1244.jpg>

Mzdnr.ru: Am 16. Juli wurden in der DVR 33 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Ein Erkrankungsfall wurde bei einem Bürger festgestellt, der am 7. Juli aus der Ukraine eingetroffen ist, vier Fälle bei Bürgern die am 13. Juli eingetroffen sind. Die übrigen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits vorher Erkrankten. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Nach zwei negativen Tests wurden 12 Menschen als gesund entlassen.

Am 17. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1477 Fälle von Infektionen registriert. 703 Patienten sind derzeit in Behandlung, 687 als gesund entlassen, es gibt 87 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Bundeswehr ermittelt wegen verschwundener Munition

Bei der Bundeswehr werden einem Medienbericht zufolge seit 2010 mindestens 60.000 Schuss Munition vermisst. Nach Angaben der Zeitung „Die Welt“ geht das aus vertraulichen Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen verschiedener Fraktionen hervor.

Die Bundeswehr hat Ermittlungen eingeleitet, weil insgesamt Zehntausende Schuss Munition in den Beständen fehlen.

„Wenn es um Straftaten geht, wird selbstredend die Staatsanwaltschaft eingeschaltet“, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Freitag der Deutschen Presse-Agentur. Die Gründe seien aber noch ungeklärt.

Die „Welt“ hatte zuvor unter Berufung auf Angaben aus der Bundesregierung berichtet, dass seit 2010 mindestens 60.000 Schuss Munition vermisst würden. Das gehe aus vertraulichen Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen verschiedener Fraktionen hervor.

Nach diesen Angaben konnten von mehr als 96.000 abhanden gekommenen Patronen unterschiedlichen Kalibers nur rund 36.000 wieder sichergestellt werden. Der ungeklärte Verbleib von 48.000 Schuss Munition beim in die Kritik geratenen Kommando Streitkräfte (KSK) sei in der Übersicht nicht enthalten.

„Wir ermitteln jetzt intensiv und überprüfen unsere Verfahren - nicht nur im KSK“, sagte der Sprecher. Es müsse geklärt werden, ob es sich um Schlamperei handele, ob Bestände in Einsatzgebieten verblieben seien oder mit krimineller Energie etwas abgezweigt worden sei. „Nichts davon kann ausgeschlossen werden.“

Die Behörden arbeiteten zusammen. „Schlamperei wird abgestellt, jeder Fall eines ‚Abzweigens‘ wird zur Anzeige gebracht und die Staatsanwaltschaft wird eingeschaltet“, sagte der Sprecher.

Zuvor war berichtet worden, dass das deutsche Verteidigungsministerium in einer Antwort auf eine schriftliche Frage der Innenpolitikerin Martina Renner von der Linken-Partei Näheres über aus den Beständen des Kommandos Spezialkräfte (KSK) fehlenden Sprengstoff mitgeteilt hatte. Bei den vermissten 62 Kilogramm Sprengstoff handle es sich ausschließlich um PETN, zitierte die DPA am Donnerstag aus der Antwort. PETN-Pulver kommt etwa in Handgranaten oder als Bestandteil des Plastiksprengstoffs Semtex zur Anwendung. Der gleiche Stoff war auch bei einem inzwischen inhaftierten Soldaten in Nordsachsen gefunden worden.

Armiyadnr.su: Operativer Bericht der Volksmiliz der DVR vom 16. auf den 17. Juli 2020 ... Außerdem wurde dank der gemeinsamen Aktivitäten der Volksmiliz der DVR und der militärischen Strukturen der Republik der sichere Übergang eines Soldaten einer Einheit der ukrainischen Streitkräfte der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gewährleistet. Der Soldat ist derzeit in Sicherheit, sein Leben und seine Gesundheit sind nicht in Gefahr. ...

rusvesna.su: Putin ordnete eine Überraschkontrolle der Truppen und Flotten an
Am Morgen des 17. Juli ordnete der Oberbefehlshaber Wladimir Putin an, eine unangekündigte Überprüfung der Truppen der südlichen und westlichen Militärbezirke, der Luftstreitkräfte und des Marinekorps der nördlichen und pazifischen Flotte durchzuführen. Dies gab der Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Sergej Schoigu, bekannt. 150.000 Personen, 27.000 Einheiten Waffen und militärische Ausrüstung, mehr als 400 Flugzeuge sowie mehr als 100 Schiffe und Hilfsschiffe seien an der Überprüfung beteiligt. Der Zweck der plötzlichen Überprüfung bestehe darin, die Fähigkeit der Truppen zu bewerten, die Sicherheit im Südwesten Russlands zu gewährleisten, so das Verteidigungsministerium.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Open-Skies-Vertrag: Russlands Verteidigungsministerium äußert sich zu US-Ansprüchen

Die USA nutzen laut dem Chef des russischen Nationalen Zentrums für die Reduzierung nuklearer Risiken, Sergej Ryschkow, gekünstelte Vorwände, um aus dem Vertrag über den Offenen Himmel (Open-Skies-Vertrag) auszusteigen.

„Am 22. Mai 2020 kündigte Washington an, dass die USA in sechs Monaten vom Open-Skies-Vertrag zurücktreten würden. Die These von mutmaßlichen Verstößen Russlands wurde als Vorwand verwendet. Diese Erklärung der amerikanischen Regierung fand selbst in den Vereinigten Staaten keine breite Unterstützung“, sagte Ryschkow in einem Interview mit der Militärzeitung „Krasnaja Swesda“.

Er erinnerte daran, dass die Situation um den Vertrag sich seit September 2013 verschlechterte – damals habe Russland begonnen, im Rahmen des Vertrags Beobachtungsflugzeuge vom Typ An-30B mit neuen digitalen Beobachtungsgeräten einzusetzen.

„Nach der erfolgreichen internationalen Zertifizierung der russischen Überwachungsflugzeuge Tu-154MLK-1 im Jahr 2016 und Tu-214ON im Jahr 2018 hat sich die Situation noch weiter verschärft. Der erste Beobachtungsflug mit inländischen digitalen Überwachungsgeräten über die USA im Herbst 2017 hat die Gegner des Vertrags weiter auf Trab gebracht. Es wurde deutlich, dass wir unseren Partner etwa sechs bis sieben Jahre beim Einsatz fortschrittlicher Technologien im Open-Skies-Vertrag voraus sind“, unterstrich Ryschkow.

Er bemerkte auch, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die von der russischen Seite für Flüge über die Region Kaliningrad auferlegte Grenze von 500 Kilometern für rechtswidrig hielten.

„Diese Region ist von besonderem Interesse für die USA und die Nato, die glauben, dass Russland in den letzten Jahren seine militärischen Aktivitäten dort intensiviert habe. Moskau war gezwungen, die im Vertrag zugelassene Maßnahme zu ergreifen, nachdem einige westliche Länder mit ihren chaotischen Flügen im Rahmen des Vertrags dazu führende Bedingungen geschaffen hatten, dass der gesamte reguläre zivile und kommerzielle Flugverkehr in der Region lange Zeit blockiert werden musste“.

Er betonte auch, dass es die USA und ihre Verbündeten als Verstoß ansehen würden, dass Russland den ausländischen Staaten abspreche, in einem zehn Kilometer langen Streifen entlang der Grenze zu Abchasien und Südossetien zu fliegen.

„Die russische Seite stützt sich auf die Klausel des Abkommens, wonach ‚die Flüge nicht näher als in einer Entfernung von zehn Kilometern von der Grenze der Nicht-Vertragsseite durchgeführt werden sollen‘. Gleichzeitig erkennt Russland Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten an, während Tiflis, Washington und andere Nato-Mitglieder dies nicht tun. Russland schlägt vor, Flüge in der Zehn-Kilometer-Zone zuzulassen, falls Georgien Inspektoren aus Russland erlaubt, über sein Territorium zu fliegen. Das offizielle Tiflis blockiert jedoch den Vorschlag Russlands“, sagte Ryschkow.

Im vergangenen Jahr hatte Washington einen neuen Anspruch erhoben. Ein umstrittener Vorfall ereignete sich im September 2019 während der Militärübungen „Zentr-2019“, an der auch ausländische Kontingente aus, China, Indien und Pakistan teilnahmen.

„Die Vereinigten Staaten beantragten die Erlaubnis, in der Gegend fliegen zu dürfen, aber aus Sicherheitsgründen war die russische Seite gezwungen, den zweiten Teil des amerikanischen Beobachtungsfluges zu beschränken, da er mit der aktiven Phase der Übung zusammenfiel, an der Kampf- und Transportflugzeuge beteiligt waren“.

Ryschkow stellte klar, dass den amerikanischen Inspektoren verschiedene Optionen angeboten worden seien, einschließlich des Abschlusses des zweiten Teils der Mission an einem anderen Tag und der Verlängerung der gesamten Beobachtungszeit. „Unsere Vorschläge wurden jedoch ignoriert, und am Ende beschuldigte Washington Moskau eines weiteren, groben Verstoßes‘ gegen den Vertrag“.

„Wir haben viel mehr Beschwerden gegen die Amerikaner. Wir haben sie bei einer den Folgen des US-Rückzugs aus dem Vertrag gewidmeten OSZE-Konferenz am 6. Juli 2020 erörtert. In unserem Bericht steht, dass ein russisches Beobachtungsflugzeug nicht in das Gebiet der Vereinigten Staaten zugelassen und die Überwachung von Inselgebieten verboten wurden“. In dem Bericht stehe zudem, dass „eine Ordnung eingerichtet werden musste, der zufolge die

Flugzeugbesatzung 14 bis 18 Stunden am Stück arbeiten muss“. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32717/31/327173102_0:371:3076:2035_1000x54180_0_0_01196fdf899a22286798bf23f8e9c42b.jpg

de.sputniknews.com: **Datenklau beim Corona-Impfstoff: US-Republikaner bereiten Gesetzentwurf gegen „russische Hacker“ vor**

Nach dem Cyberangriff auf die Daten zur Entwicklung des Corona-Impfstoffes in Großbritannien, den USA und Kanada hat der Fraktionsvorsitzende der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, die Vorbereitung eines neuen Gesetzentwurfs gegen „russische Hacker“ versprochen.

„Moskaus anhaltende böswillige Maßnahmen zur Schwächung unserer Reaktion auf die Pandemie dürfen nicht unbeantwortet bleiben. In den kommenden Tagen werde ich eine Gesetzesvorlage vorlegen, um sicherzustellen, dass diese russischen Hacker zur Rechenschaft gezogen werden“, twitterte McCarthy.

Am Donnerstag hatte das britische National Cyber Security Centre (NCSC) mitgeteilt, dass die angeblich in Verbindung mit Russland stehenden Hacker versucht hätten, Forschungsdaten zur Entwicklung des Corona-Impfstoffes in Großbritannien, den USA und Kanada zu stehlen. Moskau wies die Anschuldigungen vehement zurück. Laut dem Kreml-Sprecher, Dmitri Peskow, verfügt Russland über keine Informationen darüber, wer die britischen Pharmakonzern angegriffen hat.

Anfang Mai hatten britische und amerikanische Geheimdienste laut Medien umfangreiche Cyberangriffe auf britische Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen seitens einiger „feindlicher“ Staaten, einschließlich Russlands und Chinas, verzeichnet.

Russischer Corona-Impfstoff

Am 10. Juli hatte die Endphase der klinischen Tests des Corona-Impfstoffs in Russland begonnen.

Am 18. Juni sind die ersten Freiwilligen nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums im Burdenko-Militärhospital in Moskau geimpft worden. Das russische Verteidigungsministerium hatte Anfang Juni bekannt gegeben, dass für die Erprobung eines Corona-Impfstoffes zwei Gruppen von Freiwilligen ausgewählt worden seien.

Zu der ersten Gruppe gehörten Armeeingehörige, zu der zweiten freiwillige Bürger. Das Experiment soll bis Ende Juli abgeschlossen werden.

denis-pushilin.ru: Am 17. Juli hat das Oberhaupt der DVR, der oberste Kommandeur Denis Puschilin, an der Festveranstaltung zum Studienabschluss von Kursanten, Studenten und Hörern der Donezker Akademie des Innenministeriums der DVR teilgenommen. ...

Die feierliche Zeremonie begann mit dem Hissen der Staatsflagge der Donezker Volksrepublik und der Fahne der Donezker Akademie des Innenministeriums der DVR. Dann gratulierte das Republikoberhaupt den Versammelten.

„Ich gratuliere den Absolventen der Akademie des Innenministeriums zum Abschluss des Studiums! Indem Sie den Weg des Dienstes an der DVR und ihren Einwohnern gewählt haben, haben Sie Verantwortung für die Ausführung schwieriger professioneller Aufgaben im Kampf gegen die Kriminalität, bei der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger, der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung, der Einhaltung der Gesetzmäßigkeit“, sagte Denis Puschilin.

Das Staatsoberhaupt wies darauf hin, dass die Überreichung der Diplome an einem bedeutsamen Tag erfolgt – am 17. Juli 1943 haben die Truppen der südwestlichen Front mit der Angriffsoperation zur Überquerung des Sewerskij Donez begonnen, bei der die faschistischen deutschen Besatzer in heftigsten Kämpfen eine vernichtende Niederlage im Donbass erlitten.

„Im Jahr des 75. Jahrestags des Großen Sieges erinnern wir uns an die Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges. Sie als Nachkommen der Sieger müssen sich daran erinnern und die Geschichte ehren, die Ehre Ihrer Uniform bewahren.

Ich rufe Sie auf, Ihrer Großväter und Urgroßväter würdig zu sein, mit Ehre ihre dienstlichen Pflichten zu erfüllen“, unterstrich Denis Puschilin.

Denis Puschilin rief dazu auf, nicht zu vergessen wie wichtig es ist, den Respekt und das Vertrauen von Seiten der Bürger zu verdienen und nicht zu verlieren.

„Heute steht vor den Rechtsschutzorganen eine Reihe großer Aufgaben, die Sie lösen müssen, indem sie all Ihr Wissen anwenden, das Sie an der Akademie erworben haben. Seien Sie Ihrem Eid Treu und denken Sie immer daran, dass das Hauptkriterium Ihrer beruflichen Tätigkeit die Autorität und der Respekt bei den Bürgern sein wird, ihr Vertrauen zu den Dienern des Gesetzes.

Erfolge in Ihrem nicht einfachen, aber sehr verantwortungsvollen und bedeutsamen Dienst“, sagte das Staatsoberhaupt....

Insgesamt haben 412 Personen die Donezker Akademie des Innenministeriums abgeschlossen, darunter 111 Kursanten. 12 Absolventen erhielten ihre Diplome mit Auszeichnung.



https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2020/07/Vipusk_MVD_170720-1.jpg

de.sputniknews.com: **Iranische Polizei löst Protest gegen Wirtschaftslage auf**

Im Iran hat die Polizei eine Protestaktion aufgelöst, die sich gegen die wirtschaftliche Situation im Land richtete. Verletzt wurde laut Polizeiangaben niemand. Vor wenigen Tagen

hatten Millionen Iraner einem Medienbericht zufolge online gegen drei Todesurteile protestiert.

Zu der Auseinandersetzung war es am Donnerstag in der Stadt Behbahan im Südwesten des Landes gekommen. Wie der lokale Polizeichef Mohammad Azizi der Agentur Irna mitteilte, hatte sich eine „geringe Anzahl von Bewohnern“ am Nachmittag auf einem Platz eingefunden, „um gegen die aktuelle Wirtschaftslage im Land zu protestieren“.

„Die Polizei rief die Menschen zuerst dazu auf, auseinander zu gehen. Doch diese weigerten sich und riefen heimtückische Parolen. Deshalb löste die Polizei sie auf“, so Azizi.

Bei der Aktion seien weder Menschen verletzt worden noch ein Sachschaden entstanden. Die Lage in der Stadt sei ruhig. Laut Berichten gibt es in südwestlichen Regionen des Iran jedoch Probleme mit dem Internetzugang.

Laut Spiegel-Informationen hatten sich Millionen Iraner vor Kurzem online gegen die Todesurteile gegen drei junge Leute ausgesprochen, die an Demonstrationen im November vergangenen Jahres teilgenommen hatten. Damals hatte die Erhöhung der Benzinpreise zu tagelangen Unruhen in Iran geführt. Der landesweite Online-Protest gegen die Todesstrafe wird demnach von weiten Teilen der iranischen Gesellschaft getragen.

denis-pushilin.ru: Heute wurde im Dorf Grabowo im Bezirk Schachtjorsk der DVR das Andenken der beim Absturz der malaysischen Boeing 777 getöteten Menschen geehrt. An der Trauerkundgebung zum sechsten Jahrestag der Tragödie nahm das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin teil.

„Der Sommer 2014 war durch das Entfachen von Kriegshandlungen im Donbass gekennzeichnet. Blutige Kämpfe in Ilowajsk, Schachtjorsk, der Luftschlag auf Sneschnoje. Am 17. Juli 2014 stürzte infolge einer schrecklichen Provokation von Seiten der ukrainischen Regierung die malaysische Boeing ab. Es starben 298 Menschen, 80 davon Kinder. Jedes Jahr versammeln wir uns, mit ihr Andenken zu ehren. Wir wissen, wie es ist, Angehörige zu verlieren und fühlen zutiefst mit den Verwandten der Toten, die weitere ihre Verwandten beweinen“, sagte Denis Puschilin.

Das Staatsoberhaupt nannte die Ermittlungen zum Absturz politisch voreingenommen, um die Schuld an der Tragödie den Milizen des Donbass und Russland zuzuweisen.

„Die Ermittlung bringt einfach nur Materialien für die Version, die in den ersten zwei Stunden nach dem Absturz vorgebracht wurde, vor. Kiew versucht mit allen möglichen Mitteln, die Schuld von sich abzuwälzen und sie auf die Milizen des Donbass und Russland zu schieben. Und es ist nicht die Rede davon, dass die Ukraine das begangene Kriegsverbrechen bereut“, unterstrich Denis Puschilin.

Er äußerte auch die Überzeugung, dass die Wahrheit über die Ursachen und wirklichen Schuldigen an der Tragödie allgemein bekannt werden wird.

„Wir stellen die Fortsetzung des Beschusses unserer Ortschaften fest. Bis heute sterben friedliche Einwohner. Mit dem Antritt der neuen Regierung hat sich nichts verändert. Wir wissen, dass die Geschichte alles auf seinen Platz stellen wird. Und wir sind überzeugt, dass früher oder später allgemein bekannt werden wird, wer der Schuldige an der schrecklichen Katastrophe, der Provokation und des Kriegsverbrechens der Kiewer Regierung ist. Anders kann es nicht sein“, sagte das Staatsoberhaupt....

„Diese Menschen sind Opfer der ukrainischen Aggression, nicht nur gegen die Einwohner des Donbass, sondern gegen die ganze Welt. Die Ukraine muss für das vergossene Blut Unschuldiger zur Verantwortung gezogen werden“, erklärte die Einwohnerin des Bezirks Schachtjorsk Marina Postowit.

Die Teilnehmer der Kundgebung legten Blumen am Gedenkstein nieder und ehren das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute.

deutsch.rt.com: **Kurz nach Drohung von Donald Trump: US-Kriegsschiff dringt in**

venezolanische Hoheitsgewässer ein

Als „unentschuldbarer Akt der Provokation“ verurteilte die venezolanische Regierung das Eindringen des US-Zerstörers USS Pinckney am 16. Juli in die Hoheitsgewässer des Landes. Kurz zuvor hatte US-Präsident Donald Trump angekündigt, dass bald „etwas mit Venezuela geschehen wird“.

In deutlichen Worten kritisierte der venezolanische Außenminister, Jorge Arreaza, in einem offiziellen Kommuniqué das Eindringen des US-amerikanischen Zerstörers der Arleigh-Burke-Klasse.

„Venezuela prangert gegenüber der nationalen und internationalen Gemeinschaft das heimliche Eindringen des US-Kriegsschiffs USS PINCKNEY (DDG-91) in unsere Hoheitsgewässer an. Dies ist ein unentschuldbarer Akt der Provokation, der darauf abzielt, unsere Souveränität und territoriale Integrität zu untergraben.“

Nur wenige Tage zuvor hatte US-Präsident Donald Trump in einem Interview in Miami gegenüber dem spanischsprachigen US-Kanal Telemundo erklärt:

„Venezuela war vor 15 Jahren ein reiches Land und ist von zwei Menschen zerstört worden, aber von einem System, einem schrecklichen System, nennen Sie es, wie Sie wollen, aber es ist ein schreckliches System.“

Anschließend warnte Trump unverhohlen:

„Dass etwas mit Venezuela passieren wird, das ist alles, was ich Ihnen sagen kann, aber etwas wird mit Venezuela passieren. Und die Vereinigten Staaten werden sehr involviert sein.“

Es wäre bei Weitem nicht das erste Mal in der Geschichte der USA, dass diese auf den Einsatz von Kriegsschiffen zurückgreifen, um einen Invasionsgrund zu provozieren. Das bekannteste Beispiel ist der sogenannte „Tonkin-Zwischenfall“ vom 2. und 4. August 1964, im Golf von Tonkin vor der Küste Nordvietnams.

Damals behauptete die US-Navy, dass nordvietnamesische Schnellboote zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals ohne Anlass mit Torpedos beschossen hätten. Diesen angeblichen Angriff nutzte die damalige US-Regierung unter Präsident Lyndon B. Johnson und legte dem Kongress die „Tonkin-Resolution“ vor. Damit wurde das direkte Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Vietnamkrieg gerechtfertigt und legalisiert.

Seit den 1971 veröffentlichten Pentagon-Papieren gilt es als bewiesen, dass es die behaupteten Torpedoangriffe nie gab, sondern es sich dabei um eine bewusst lancierte Falschmeldung handelte. Die am 30. November 2005 vom größten US-Geheimdienst NSA freigegebenen Dokumente bestätigen zweifelsfrei, dass die US-Regierung die Vorfälle durch bewusste Falschdarstellung zur Legitimierung ihres seit 1963 geplanten direkten Kriegseintritts benutzte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.07/article/5f118133b480cc1558541e15.jpg>

de.sputniknews.com: **Putin für konstruktiven Dialog mit allen bereit, aber „unter einer Bedingung“ – Kreml-Sprecher**

Russlands Präsident Wladimir Putin ist für einen gegenseitig vorteilhaften, gleichberechtigten Dialog mit allen Ländern, auch mit den USA, offen. Dies erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow.

„Putin sucht nach guten Beziehungen zu allen Ländern. Er ist bereit zu einem gegenseitig vorteilhaften Dialog, zu einem konstruktiven Dialog, aber unter der Bedingung, dass dieser Dialog auf Augenhöhe, ohne Belehrungen, und ohne den Versuch, irgendwelche Entscheidungen aufzuzwingen, sowie mit der Bereitschaft, die jeweils andere Position zu berücksichtigen, geführt wird“, äußerte Peskow gegenüber dem „Autoradio“ zum Zusammenwirken mit den USA.

Ferner sagte er, dass die Anführer des Landes bis ins Jahr 2000 illusionäre Vorstellungen gehabt hätten, dass nun, wo es keine Konfrontation mit den USA mehr gebe, die Zeit der weltweiten Harmonie und Gegenliebe kommen werde.

„Sie haben sich getäuscht, sie haben verstanden, dass sie sich getäuscht haben. Das versteht auch Präsident Putin sehr gut. Eben aus diesem Grund verfolgt er seit dem Jahr 2000 eine absolut konsequente präzise internationale Politik, die auf den Aufbau guter Beziehungen zu allen Ländern abzielt, die dafür bereit sind. Sie folgt aber noch einem Ziel – nämlich der Vergrößerung vom Wohlstand der Russen und nicht der Vergrößerung vom Wohlstand der Amerikaner, sondern der Russen. Dafür arbeitet Putin nämlich“, fügte Peskow hinzu.

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 11. bis 17. Juli 2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade auf Befehl des Verbrechers Palas **Golmowskij** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 79. Brigade unter Führung des Verbrechers Luzenko dreimal die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk sowie **Alexandrowka** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Infolge der terroristischen Akte der bewaffneten Formationen der Ukraine wurden in der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks von Donezk eine Frau, geb. 1961, und ein Mann, geb. 1987, verletzt, es wurden zwei Häuser in der Bokij-Straße 1[^]3a und der Beslesnaja-Straße 3 beschädigt. Außerdem wurde das Gebäude der Schule Nr. 116 beschädigt.

Wir haben adäquate Maßnahmen mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen gegen den Gegner unternommen. Die Verluste des Gegners betragen: ein Toter, drei Verletzte.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure Luzenko und Palas hinzuzufügen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, den Fall eines weiteren Verbrechens der ukrainischen bewaffneten Formationen zu erfassen und von der Ukraine die Bestrafung der daran Schuldigen zu erreichen.

Den Kämpfern der Ukraine empfehlen wir nachdrücklich, von Beschüssen und Provokationen Abstand zu nehmen und das Regime der Feueinstellung einzuhalten, um ihr eigenes Leben zu bewahren.

In der letzten Woche hat der Gegner 33-mal das Regime der Feueinstellung verletzt, darunter auch mit verbotenen Waffen. Auf 14 Ortschaften der Republik hat der Gegner 427

auch verbotene Geschosse abgefeuert, darunter 129 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm und 298 Geschosse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern.

Infolge der terroristischen Akte der BFU wurden **vier Bürger der DVR verletzt**, es wurden 17 Häuser, darunter die Schule Nr. 116, in Golmowskij, Staromichajlowka, Alexandrowka, Kominternowo und den Siedlungen des Trudowskaja- und des Oktjabrskaja-Bergwerks in Donezk beschädigt.

Durch adäquate erwidernde Maßnahmen mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen haben die Verteidiger der Volksmiliz die ukrainischen Kämpfer zur Einhaltung des Regimes der Feueinstellung gezwungen.

Infolge unserer professionellen Arbeit betrogen die **Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine in der letzten Woche: vier Tote, sieben Verletzte**, ein Panzerfahrzeug mit der Nummer 132 und eine Drohne vom Typ „Phantom“ wurden vernichtet.

Alle Informationen über Kriegsverbrechen der ukrainischen Kämpfer in dieser Woche werden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, übermittelt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft übergeben, um Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Guds, Palas, Mischantschuk, Luzenko, Majstrenko, Subanitsch und Gnatow einzuleiten.

Der Gegner stationiert weiter Waffen und Militärtechnik im Bereich von Objekten der zivilen Infrastruktur und gefährdet so friedliche Einwohner. In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Stationierung von 23 Stück Technik der BFU festgestellt:

aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade:

in Klinowoje – zwei Panzertransporter auf dem Gebiet einer Gartenparzelle;

in Majorsk – vier Panzertransporter auf dem Territorium von privaten Häusern;

in Nowgorodskoje – ein Schützenpanzer auf einer Gartenparzelle;

in Marjinka – zwei Schützenpanzer;

aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade:

in Karlowka – ein gepanzertes Aufklärungsfahrzeug in der Nähe von Wohnhäusern;

in Krasnogorowka – vier Schützenpanzerwagen in Wohngebieten;

in Nowomichajlowka – Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses;

aus dem Bestand der 24. mechanisierten Brigade:

in Nikolajewka – auf dem Territorium eines privaten Hauses wurde die Anwesenheit einer Mannschaft eines Abwehrraketekomplexes „Strela-10“ bemerkt;

in Klinowoje – ein Panzertransporter am Rand der Ortschaft, in der Nähe eines Wohnhauses;

aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

in Wolnowacha – drei Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern;

in Grigorowka – ein Panzer auf dem Territorium eines privaten Hauses;

aus dem Bestand der 57. Panzergrenadierbrigade:

in Kalinowo – ein Abwehrraketekomplex (9K33 „Osa“) unter einem Tarnnetz;

aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

in Lebendinskoje – zwei Abwehrgeschütze (3U-23) in der Nähe von Wohnhäusern.

Dabei hat der Gegner in der letzten Woche Mittel zum **Blockieren der Signale von Drohnen der OSZE-Mission** eingesetzt, um die Fälle von Stationierung von Militärtechnik und von Verletzung der Regimes der Feueinstellung zu verheimlichen:

im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der BFU im Gebiet von Awdejewka – eine Station der elektronischen Kriegführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand des 20. Bataillons für elektronische Kriegführung der BFU;

im Verantwortungsbereich der 35. Brigade der BFU in den Gebieten von Andrejewka und Konstantinowka – eine Station der elektronischen Kriegführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer Kompanie für elektronische Kriegführung der 35. Marineinfanteriebrigade der BFU.

Gleichzeitig mit diesen Verstößen haben die ukrainischen bewaffneten Formationen die **Verminung des Territorium im Gebiet von Nowoluganskoje** fortgesetzt. Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass Pioniere des 2. Bataillons der 24. Brigade bei technischen Arbeiten zur Verminung Antipersonenminen (POM-2) einsetzen, die durch den Vertrag von Ottawa verboten sind. Dabei haben die Kämpfer einen **zusätzlichen Checkpoint an der Ausfahrt aus Nowoluganskoje eingerichtet und die Straße gesperrt, um den Zugang der Beobachter der OSZE-Mission einzuschränken.**

Trotz des Verbots zur Durchführung von Diversions- und Aufklärungsaktivitäten bemüht sich der Gegner, die Lage im Donbass zu destabilisieren.

In der letzten Woche haben Diversionsgruppen der ukrainischen Truppen zweimal Versuche unternommen, auf das Territorium der DVR einzudringen. Während eines erfolglosen Ausfalls im Gebiet von Sajzewo geriet eine Diversions- und Erkundungsgruppe der 35. Marineinfanteriebrigade auf Minen. **Es starben zwei ausländische Diversanten, nach vorläufigen Informationen wurde ein weiterer verletzt.** Die feigen Kameraden der getöteten Marineinfanteristen flohen schmachvoll. Wir zeigten Menschlichkeit und bargen die Leichen der Diversanten, eine von ihnen, die Leiche des amerikanischen Söldners John Fuller, wurde der ukrainischen Seite übergeben.

Heute haben wir auf Anfrage der ukrainischen Seite die Leiche des zweiten getöteten ausländischen Diversanten aus der ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppe übergeben. Er ist der Söldner aus Estland Mikola Iljin.

Derzeit geht im Gebiet, wo die Diversionsgruppe des Gegners auf Minen geriet, die Suche unserer Spezialisten nach der Leiche des vermutlich dritten getöteten Diversanten weiter, der auch von den Kämpfern der Willkür des Schicksals überlassen wurde.

Die ungünstige Lage Selenskis und seiner Verwaltung, die im Zusammenhang mit dem Tod des amerikanischen und des estnischen Söldners durch die Schuld des Kommandeurs der 35. Brigade Palas entstanden ist, hat sie dazu gezwungen, eine rührselige rechtfertigende Geschichte über einen „Militärarzt“ zu erfinden und unbegründet die DVR der Probleme ihrer miesen Kämpfer zu beschuldigen. Der Versuch der ukrainischen Seite, die Fakten, wie die Diversanten auf Minen gerieten, zu verdrehen, zeugt vom Bestreben der Kiewer Regierung der Verantwortung vor den westlichen Kuratoren bezüglich des Todes der ausländischen Söldner zu entgehen.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Befehl des Kommandeurs der zur Ablösung der 10. Brigade in Richtung Mariupol eingetroffenen 36. Marineinfanteriebrigade Oberst Gnatow **in der letzten Nacht ein weiterer Diversionsausfall einer Gruppe mit acht Kämpfern** durchgeführt. Der Versuch der ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppe, auf das Territorium der Republik im Gebiet von Schirokino einzudringen, endete auch mit einem Scheitern.

Dank der professionellen Handlungen unserer Soldaten erhielten die Diversanten der 36. Brigade eine angemessene Abfuhr, dabei wurden **zwei Kämpfer getötet.**

Derzeit klärt der Kommandeur der BFU auf Anweisung von Selenskij in der OOS-Zone die Umstände der Vorkommnisse auf.

Ausgehend von diesen Umständen kann der Schluss gezogen werden, dass die Diversionsausfälle der Marineinfanteristen der ukrainischen Streitkräfte in der letzten Woche eine geplante Aktion demonstrieren. Wenn man diese zwei Fälle von Aktivitäten von Diversions- und Erkundungsgruppen vergleicht, wird deutlich, wie sehr die militärisch-politische Führung der Ukraine durch den Tod der ausländischen Söldner im Gebiet von Sajzewo beunruhigt ist, während sie ihre eigenen Verluste – zwei ukrainische Soldaten im Gebiet von Schirokino – vollständig ignoriert. Es ist offensichtlich, dass der Tod ausländischer Söldner für Palas mit einem Zusammenbruch seiner dienstlichen Tätigkeit enden wird.

Außerdem bemerken wir die **Anwesenheit ausländischer Söldner, vermutlich kanadischer**

Herkunft, in den Einheiten der 36. Brigade. Nach Auskunft unserer Quellen verhalten sich die Söldner aus Kanada mit Geringschätzung gegenüber den ukrainischen Soldaten und beschuldigen sie der Inkompetenz, Kriegshandlungen zu führen. Es ist anzumerken, dass ukrainischen Soldaten sich weigerten, sich an der Ausführung von Kampfaufgaben in der „Grauen Zone“ zu beteiligen, als sie vom Tod ihrer Kameraden erfuhren. Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass der Kommandeur der 36. Brigade Gnatow aus dem Stab der OOS die Anweisung erhielt, eine Diversionsgruppe für Aktivitäten in Richtung Mariupol vorzubereiten.

In der letzten Woche betrugen die nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen bewaffneten Formationen 22 Mann, darunter sieben Tote und 15 Verletzte:

in der 35. Brigade – zwei Tote, ein Verletzter infolge des Geratens auf eigene Minen im Gebiet von Sajzewo;

in der 36. Brigade – drei Verletzte infolge des Geratens auf eigene Minen bei der Rekognoszierung der Örtlichkeit;

in der 54. Brigade – infolge der Verletzung des militärischen Disziplin durch Soldaten des 1129. Abwehraketenregiments starb ein Mitglied des Rechtsordnungsdienstes an einer Stichverletzung;

bei der Durchführung von Aufklärung im Verantwortungsbereich des 18. Bataillons der 35. Brigade gerieten drei Kämpfer aus dem 46. Bataillons der 54. Brigade auf Sprengsätze: einer, der Soldat Piminow, starb, zwei, der Soldat Zeljuch und der Unterfeldwebel Zaplja, wurden verletzt;

in der 57. Brigade- der Soldat Salun beging während des Dienstes in einer Wachmannschaft im Gebiet von Memrik Selbstmord mit seiner Dienstwaffen, einer AK-74;

der Soldat Gordienko starb infolge der Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen bei der Ausrüstung von Positionen unter Einsatz von technischen Sprengsätzen, zwei weitere, der Feldwebel Rissaj und der Unterfeldwebel Podoguz wurden verletzt;

in der 79. Brigade – der Unterfeldwebel Kardatsch beging während des Urlaubs in betrunkenem Zustand Selbstmord;

bei praktischen Schießübungen mit Schusswaffen wurden sechs Kämpfer verletzt, als ein Antipanzerraketenkomplex „Fagot“ explodierte;

in der 24. Brigade – ein ukrainischer Pionier wurde bei der Installation von Minensperren im Gebiet von Nowoluganskoje verletzt.

Um die Resonanz unter den Familien und Verwandten der toten und verletzten Soldaten der BFU zu verringern, führt der Stab der OOS einen **Maßnahmekomplex zur Verheimlichung der nicht kampfbedingten Verluste** durch.

Unter Führung des Offiziers einer taktischen Gruppe beim Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ vom 83. Zentrum für informationspsychologische Operationen, Oberstleutnant Lawrus, wird gemeinsam mit dem Pressezentrum des Stabs der OOS und Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK Arbeit zur Verbreitung von Informationen über Verluste unter den Soldaten der BFU in der OOS-Zone angeblich infolge von Beschuss verbreitet.

Zurzeit verspüren die Bevölkerung von Círcvice (Tschechien) und in der Nähe befindliche Soldaten der 21. Basis der taktischen Luftwaffe einen **neuen Ausbruch der**

Coronavirusinfektion.

Die beunruhigten örtlichen Behörden der tschechischen Ortschaft Círcvice haben eine Überprüfung zum Fall des Einschleppens der Infektion durch ukrainische Bürger, die in einer örtlichen Firma zum Verkauf von Landwirtschaftstechnik arbeiten, durchgeführt.

Tests auf COVID-19 haben bei 20 dort arbeitenden ukrainischen Bürgern am 16. Juni ein positives Ergebnis gebracht. Außerdem sind in der benachbarten Stadt Čáslav, wo die 21. Basis der taktischen Luftwaffe der Luftwaffe Tschechiens stationiert ist, sieben Soldaten infiziert.

Ergebnis der Überprüfung durch Vertreter der Tschechischen Republik ist eine Schlussfolgerung, in der davon die Rede ist, dass die Bürger der Ukraine mit nicht der Wirklichkeit entsprechenden internationalen medizinischen Bescheinigungen eingetroffen sind.

Wir erinnern daran, dass vor nicht allzu langer Zeit das Gesundheitsministerium der Ukraine privaten Firmen und Kliniken erlaubt hat, Formulare über die Durchführung von Tests auf Vorhandensein/Fehlen von COVID-19 auszugeben, deren Kosten 1000 bis 2000 Griwna betragen.

Gleichzeitig hat die Korruptionskomponente der ukrainischen Regierung die ukrainischen Organe des Grenzdienstes ganz und gar zerfressen.

Im Juni sind 94 Mitarbeiter auf eigenen Wunsch aus den Strukturen des Grenzdienstes ausgeschieden. Hauptursache des massenhaften Ausscheidens von Mitarbeitern der Behörde ist die zwangsweise Eintreibung von Geldern von Bürgern, die die Grenze zu benachbarten Staaten überqueren. Das Projekt des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine „Das neue Gesicht der Grenze“ zur Anwerbung von Kadern trägt seinerseits keine Früchte. Um in den Grenzdienst einzutreten, muss ein Bürger 150.000 bis 250.000 Griwna zahlen.

Nach uns vorliegenden Informationen werden derzeit bei der Staatsanwaltschaft der Donezker Oblast im Rahmen eines Strafverfahrens Ermittlungsmaßnahmen zu einem Fall des Erhalts von Geldmitteln im Umfang von drei Mio. Griwna durch den leitenden Bevollmächtigten für den inneren Dienst der Abteilung des SBU in der Donezker Oblast Oberst O.W. Dworkow vom Leiter des Grenzdienstes des Bezirks Wolnowacha der Donezker Oblast P.A. Prewalasko durchgeführt.

Die Sache wird nach Paragraph „Nr. 258-5, Teil 5, Strafgesetzbuch der Ukraine – Finanzierung von Terrorismus, der durch eine organisierte Gruppe von Personen in besonders großem Ausmaß durchgeführt wird“ behandelt. Die Ermittlung stellte fest, dass der Erhalt von Schmiergeld durch den Mitarbeiter des SBU systematisch einmal im Monat dafür erfolgte, dass der staatliche Grenzdienst des Bezirks Wolnowacha die Möglichkeit erhielt, rechtswidrige Aktivitäten gegenüber Bürgern durchzuführen.

Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass ein Bürger für unkontrolliertes Passieren zwischen der Ukraine und Weißrussland den Grenzen 10.000 Griwna bezahlt.

Um die derzeitige Regierung zu bekämpfen, setzen nationalistische Strukturen der Ukraine die auf die Auffüllung ihrer Reihen mit rechtsradikal eingestellter Jugend abzielende Tätigkeit fort.

Am 13. Juli fanden in Kiew unter Leitung der Partei „Nationales Korps“ Feldübungen von Rekruten statt, die von einer speziell geschaffenen strukturellen Abteilung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport der Ukraine angeworben wurden. Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass dieses Gebiet unmittelbar von O. Umanez geleitet wird, der im Interesse von P. Poroschenko arbeitet.

Bei den Übungen wurde theoretischer Unterricht in nationalistischer Richtung unter Beteiligung von Veteranen der Kampfhandlungen durchgeführt sowie Schießübungen mit Schusswaffen.

Besonders wurde die Aufmerksamkeit der jungen Leute auf die destruktive Tätigkeit von W. Selenskij gerichtet, der bestrebt sei, die ukrainische nationalistische Gemeinschaft zu desorganisieren.

Wir verfügen über Informationen aus einem dienstlichen Schreiben des Leiters der medizinischen Dienstes des Stabs der OOS Oberstleutnant A.W. Surko an den Kommandeur der OOS Krawtschenko.

In dem Dokument wird eine **Statistik von Erkrankungsfällen in den Verbänden und Truppenteilen der OOS** aufgeführt. So beträgt der Krankenstand der Soldaten in der OOS-Zone mit **Coronavirusinfektion 30 Prozent**, dabei ist die größte Zahl der Erkrankten in der 53. Brigade.

Darminfektionen wurden bei 15 Prozent der Kämpfer entdeckt, hier nimmt die 79. Brigade den führenden Platz ein.

Tuberkulose wurde bei zehn Prozent gefunden, die meisten Kranken befinden sich im Krankenhaus Tschasow Jar und sind aus der 54. Brigade.

Gesondert wird angemerkt, dass ukrainische Ärzte in der OOS-Zone **Fälle von Strahlenkrankheit bei zwölf Soldaten** des 109. Bataillons der 10. Brigade entdeckt haben. Es wird angegeben, dass die vorläufige Ursache des Aufkommens dieser Erkrankung die Lieferung von Bauholz mit erhöhter radioaktiver Belastung in die OOS Zone ist, mit dem die Kämpfer die Positionen an der Front ausgebaut haben. Derzeit nimmt die wieder eingetroffene 36. Marineinfanteriebrigade die Positionen der 10. Brigade ein.

In den Einheiten der Volksmiliz der DVR werden regelmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt. Nach den Trainings von Artillerieeinheiten haben die Soldaten der Luftabwehreinheiten mit einem komplexen Training von Kräften und Mitteln der Luftabwehr begonnen. Während des Trainings bearbeiten die Mannschaften der Luftverteidigung der Volksmiliz einen hypothetischen Angriff des Gegners aus der Luft.

de.sputniknews.com: **Südkorea unterbindet Flugblattaktionen gegen Nordkorea**

Nach erhöhten Spannungen mit Nordkorea im Juni hat Südkorea die Aktivitäten von zwei Gruppen unterbunden, die durch ihre Propaganda-Aktionen regelmäßig die Führung des Nachbarlandes verärgerten.

Die Gründungsregistrierungen für Fighters for a Free North Korea (Kämpfer für ein freies Nordkorea) und das Kuensaem-Bildungszentrum seien widerrufen worden, teilte das Vereinigungsministerium in Seoul am Freitag mit. Beide werden von einem Brüderpaar geleitet, das vor Jahren aus dem abgeschotteten Norden der koreanischen Halbinsel geflüchtet war. Der Entzug ihrer Lizenz bedeutet für beide Gruppen, dass sie sich keine Gelder mehr für ihre Aktionen beschaffen können.

Zur Begründung hieß es, die Organisationen hätten durch die Verbreitung von Flugblättern und anderen Dingen an der Grenze „ernsthaft die Vereinigungspolitik der Regierung behindert“. Auch hätten sie die Sicherheit der Grenzanwohner gefährdet. Den Gruppen wurde vorgeworfen, Spannungen auf der Halbinsel zu erzeugen.

Fighters for a Free North Korea schickten seit vielen Jahren Flugblätter über die Grenze, in denen auch zum Sturz der Führung in Pjöngjang aufgerufen wird. Ihre Aktionen sind in Südkorea umstritten. Kommentatoren verweisen jedoch auf das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Zuletzt hatte Nordkorea verärgert reagiert, als die Aktivisten Ende Mai erneut mit Gasballons etwa eine halbe Million Flugblätter losgeschickt hatten. Nordkorea kappte später die Kommunikationsleitungen zwischen beiden Ländern und sprengte auch ein Verbindungsbüro an der Grenze. Ende Juni erklärte Pjöngjang jedoch, auf geplante Militäraktionen entlang der Grenze zu verzichten.

Den Lizenzentzug hatte das Ministerium vorher für den Fall angekündigt, dass die beiden Brüder Park Sang Hak und Park Jun Oh ihre Propagandaaktionen nicht einstellen. Diese wiesen die Forderung jedoch zurück. Für die Gruppen hatte sich unter anderen die Menschenrechtsorganisation Human Rights Foundation in den USA eingesetzt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/11/327516963_0:386:3072:2048_1000x541_80_0_0_1d0d445a401cbf2e04efd2f7e7002ef6.jpg

deutsch.rt.com: **Saudischer Luftangriff auf Wohngebiet im Jemen – die meisten Opfer sind Frauen und Kinder**

Saudi-Arabiens Luftwaffe hat am Mittwoch einen Angriff auf ein Wohngebiet in der jemenitischen Nordprovinz al-Dschauf geführt. Die meisten Opfer sind Frauen und Kinder. Ein Video der RT-Videoagentur Ruptly zeigt die medizinische Versorgung verletzter Kinder. Bei einem Angriff der königlichen saudischen Luftwaffe auf drei Wohnhäuser im nordjemenitischen Gouvernement al-Dschauf am Mittwoch kamen mindestens 25 Menschen ums Leben, meldet die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua mit Verweis auf Ärzte vor Ort. Ebenfalls am Mittwoch wurde das Wohngebiet al-Masafaa östlich von al-Hasma, der Hauptstadt von al-Dschauf, von der saudischen Luftwaffe angegriffen. Hier gab es zwischen sieben und neun Toten und fast ebenso viele Verletzte. Nach Angaben der örtlichen Behörden sind die meisten Opfer Frauen und Kinder.

Ein Arzt des allgemeinen Krankenhauses von al-Dschauf teilte Ruptly mit, dass die Einrichtung nach dem Luftangriff vier Kinder aufgenommen habe. Sie erlitten Risswunden an ihren Gliedmaßen und am Torso. Das Gesicht eines Kleinkinds ist mit Splitterwunden übersät. Eines der verletzten Kinder ist ein Baby, kaum eine Woche alt. Der Arzt erklärte entrüstet: „Wir sind schockiert über die mit saudi-amerikanischen Kampfflugzeugen ausgeübte Aggression. Alle Verletzten sind Kinder. Wir haben mehr als drei oder vier verwundete Kinder aufgenommen. Acht Frauen und Kinder wurden getötet. Wir sind traurig und schmerz erfüllt, denn hier wird das jemenitische Volk angegriffen, obwohl es friedlich in seinen Häusern sitzt. Auch heute waren es Kinder und Frauen, die leiden mussten. Ich sage dem saudischen König Salman: Er soll Gottes Strafe für seine Taten fürchten. Und er soll wissen, dass wir in seinem Land zurückschlagen werden.“

Saudi-Arabien und seine Verbündeten intervenierten im März 2015 im Jemen, um den gestürzten Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi wieder an die Macht zu bringen und die Huthi-Rebellen zu bekämpfen, die die Kontrolle über den größten Teil des Landes, einschließlich der Hauptstadt Sanaa, erlangt hatten.

Seitdem hat sich im Jemen eine der schlimmsten humanitären Katastrophen der Welt entwickelt. Mehr als 100.000 Menschen wurden getötet, schätzungsweise vier Millionen Menschen vertrieben und die meisten der 29 Millionen Einwohner sind für ihr Überleben auf Hilfe angewiesen.

Die meisten Opfer unter der Zivilbevölkerung während des Konflikts sind auf Luftangriffe zurückzuführen. Menschenrechtsgruppen machen die von den Saudis geführte Koalition für wahllose Bombenanschläge und die gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur, einschließlich

Krankenhäuser und Märkte, verantwortlich.

Der Jemen wird zusätzlich von der COVID-19-Pandemie heimgesucht. Nach Schätzungen der UNO fordert die Pandemie weitaus mehr Opfer als die Kämpfe in den vergangenen fünf Jahren.

<iframe width="1035" height="582" src="https://www.youtube.com/embed/cSyTixIrwuI" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/cSyTixIrwuI>

ukrinform.de: **Die Ukraine reagiert auf plötzliche Überprüfung der Kampfbereitschaft russischer Truppen an der Grenze**

Russlands plötzliche Überprüfung der Kampfbereitschaft der Truppen an der Grenze zur Ukraine könne nicht anders als Drohung mit Gewalt interpretiert werden, schrieb bei Twitter der stellvertretende Außenminister der Ukraine, Wassyl Bodnar.

„Nennen Sie mich bloß nicht Alarmierer oder Panikmacher ... Solche plötzlichen Überprüfungen der Kampfbereitschaft der Truppen der Russischen Föderation, insbesondere an unserer Grenze, können nicht anders als „Drohung mit Gewalt“ interpretiert werden. Die Juristen sollen mich korrigieren, wenn ich mich irre. Und gestern hat jemand gesagt, dass es keine aggressiven Pläne gibt ...“, twitterte der ukrainische Diplomat.

Wie berichtet führt Russland auf Befehl des russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Überraschungsinspektion der Truppen der südlichen und westlichen Militärbezirke an der Grenze zur Ukraine durch.

mil-lnr.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin über die Situation an der Kontaktlinie vom 11. bis 17. Juli 2020**

Guten Tag! Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden **Logwinowo** und **Nishneje Losowoje** sowie **Beresowskoje** und **Donezkij** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Schützenpanzerwaffen. In Donezkij wurde ein Wohnhaus in der Straße des 30. Jahrestags des Sieges 3/64 beschädigt.

Durch adäquate Maßnahmen der Verteidiger der Republik wurde die **Feueraktivität des Gegners unterbunden**, zwei Kämpfer der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurden verletzt.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten und Objekten der zivilen Infrastruktur** in Ortschaften auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

In der letzten Woche wurde folgende Technik der ukrainischen Besatzer entdeckt:

sieben Schützenpanzerwagen und ein Panzertransporter Kosak-2 in Popasnaja;

drei Schützenpanzer in Nowoswanowka;

drei Schützenpanzerwagen in Staniza Luganskaja....

In der letzten Woche haben wir die **Installation von Minensperren** durch Pioniere der 30. Brigade im Gebiet von Popasnaja festgestellt.

Am 10. Juli wurden mehr als 300 Antipanzerminen bemerkt, die in der Nähe der Straße T0504 installiert wurden.

Am 14. Juli haben die BFU die Umgebung von Popasnaja mit Antipanzerminen TM-62

vermint, um die Mitarbeiter der OSZE zu behindern.

Wir rufen die Einwohner der genannten Gebiete und die Beobachter der OSZE-Mission, die die genannten Abschnitte der Kontaktlinie patrouillieren auf, wachsam und vorsichtig zu sein.

...

Die militärisch-politische Führung der Ukraine riskiert zum Nutzen ihrer transatlantischen Partner weiter das Leben ihrer Bürger.

Am 23. Juni sind im zentralen Referenzlabor in Meref, Oblast Charkow, sechs amerikanische Virologen eingetroffen, um **Versuche mit einem neuen Medikament und einer Impfung gegen die Coronavirusinfektion** durchzuführen.

Aus einem Bericht des leitenden Chirurgen des Charkower Militärhospitals, des Oberstleutnant des medizinischen Dienstes Sergej Schipilow, der an dem Programm als Beobachter beteiligt ist, wurde uns bekannt, dass **zur praktischen Erprobung am 29. Juni 15 Kandidaten festgelegt wurden, darunter zehn Soldaten, die mit dem Coronavirus infiziert sind** und mittelschwer oder schwer erkrankt sind.

Bei den praktischen Erprobungen, die im Charkower Oblast-Ambulatorium für Strahlenschutz vom 5. bis 10. Juli durchgeführt wurden, wurden acht Testpersonen wegen sich deutlich verschlechterndem Gesundheitszustands in die Intensivstation verlegt, drei werden künstlich beatmet.

Die Ärzte der Notfallabteilung, die um das Leben der Patienten kämpfen, konnten ihnen nicht die notwendige Hilfe leisten, weil sie nicht über Informationen über die erfolgten Injektionen verfügte. In der Folge **starben fünf Patienten, darunter vier Soldaten, an Komplikationen durch die Infektion.**

Ermittler des Charkower SBU verpflichteten 22 Mitarbeiter des Ambulatoriums zur Geheimhaltung von Informationen, die ein Staatsgeheimnis darstellen. Der Anästhesist Oleg Olejnik und der Leiter des klinisch-diagnostischen Laboratoriums Artjom Ponomarjow weigerten sich mit den Ermittlern zu sprechen. Daraufhin wurden sie festgenommen und mit der Drohung der Aufnahme von Strafverfahren wegen „Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen ohne Anzeichen von Landesverrat“ wurden sie gezwungen, eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit den Organen der Staatssicherheit zu unterzeichnen und ihnen in Zukunft die notwendigen Informationen zu geben.

Aus nicht bestätigten Angaben ist bekannt, dass **experimentelle Impfungen in medizinischen Einrichtungen der Oblast Charkow** durchgeführt wurden, was eine entgegengesetzte Reaktion bei Patienten mit schwacher Immunität hervorrief, mehr als 110 Geimpfte der Region wandten sich an medizinische Einrichtungen.

Trotz der starken Mangels an medizinischen Spezialisten konnte der Gesundheitsminister Stepanow die versprochenen Zulagen von 300% für die Arbeit mit Patienten „mit besonders hohem Risiko“ nicht gewährleisten. Und ukrainische Politiker geben schon selber zu, dass von den 64 Mrd. Griwna für den Kampf gegen den Coronavirus die Ärzte nur 6 Mrd. erhalten haben, der Rest wurde gestohlen oder nicht zweckgemäß ausgegeben.

Um weitere Aufstände von medizinischen Mitarbeitern, wie sie in der Ukraine Ende Juni stattfanden, **zu verhindern**, hat der Repressionsapparat von Innenministerium und SBU vom 25. Juni bis 15. Juli **mehr als 1500 Protestteilnehmer im ganzen Land festgenommen**, darunter sind mehr als die Hälfte Mitarbeiter von medizinischen Einrichtungen. Gegen 17 Personen wurden Strafverfahren wegen „Handlungen, die auf eine gewaltsame Änderung oder Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung oder die Ergreifung der Staatsmacht gerichtet sind“ eingeleitet, gegen 150 Kundgebungsteilnehmer wurden Sanktionen wegen „massenhafter Unruhen“ und „Verletzung der öffentlichen Ordnung in Gruppen“ verhängt, die Geldstrafen, Arrest bis zu sechs Monaten oder Haftstrafen bis zu acht Jahren vorsehen.

Gleichzeitig sind ukrainische Nationalisten, die Kundgebungsteilnehmer von der „Partei Sharijs“ verfolgt und ihre Ausschreitungen in Charkow mit Handys aufgezeichnet haben, **nicht in die Strafverfolgung geraten**. Im Zusammenhang damit haben Aktivisten der

Oppositionsstruktur Sharijs begonnen, sogenannte Gegenaufklärungsgruppe zu bilden, um die destruktiven Aktivitäten der ukrainischen Rechtsradikalen zu verfolgen und ukrainische Rechtsschutzorgane zu deren Verfolgung zu bringen.

Um die ausländischen Partner und die Führung der NATO zufriedenzustellen und um das Bestreben der ukrainischen Gesellschaft, in die NATO einzutreten, zu demonstrieren, hat die Verwaltung des Grenzdienstes der Ukraine die Anweisung erhalten, Informationen für die polnische Partner „Über die Effektivität psychologischer und informationeller Maßnahmen in den militärischen Ministerien von 2015 bis 2020“ zu sammeln.

An der Studie nahmen 16.000 Mitarbeiter des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine Teil. Die Ergebnisse der Umfragen brachten den Leiter des staatlichen Grenzdienstes des Ukraine Dejnego in eine Sackgasse, der die Anweisung geben musste, Resultate zu erzeugen, die die westlichen Kuratoren zufriedustellen.

Aus zuverlässigen Quellen im Hauptzentrum für Kommunikation, Automatisierung und Schutz von Informationen wurde uns folgendes bekannt:

77% der befragten Grenzschrützer ziehen es vor, russisch zu sprechen, wenn es nicht durch dienstliche Instruktionen anders festgelegt ist;

62% identifizieren sich mit dem russischen Volk bezüglich der kulturellen

Zugehörigkeit, nur 33% wollen sich mit den Europäern assoziieren;

82 % hatten feste christliche Überzeugungen, wobei sie aber das Katholikentum ablehnten;

68% sehen Russland nicht als Hauptfeind des ukrainischen Staates;

45% der Befragten sich überzeugt von der Notwendigkeit eines Strebens nach

Unabhängigkeit von äußerer Einmischung in den innenpolitischen Prozess der Ukraine von Seiten der USA und der EU.

Der Existenz amerikanischer Gruppen von Beratern in der ukrainischen Regierung sind nur 20% der Befragten bekannt.

Dabei identifizieren sich 100% der Befragten selbst als ukrainische Patrioten.

Die Ergebnisse der Studie zeugen von der Ineffektivität des realisierten Programms im Bereich der Bildung und Aufklärung von militärischen Spezialisten nach der Methodik der NATO, wofür in fünf Jahren mehr als 370 Mio. Dollar ausgegeben wurden. ...

de.sputniknews.com: **Besser zehn Prozent der Nato-Fähigkeiten stellen – Kramp-Karrenbauer**

Der deutsche Beitrag zur Nato ist zum Dauerstreit mit dem Partner des Bündnisses USA geworden. Nun macht Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer einen neuen Vorschlag.

Bei einem Besuch in der slowakischen Hauptstadt Bratislava am Freitag sprach sie sich im Streit um das Zwei-Prozent-Ziel bei den Militärausgaben dafür aus, dass Deutschland der Nato künftig besser „zehn Prozent der Fähigkeiten“ stellen soll.

Auch wegen wirtschaftlicher Folgen der Corona-Pandemie sei das Bruttoinlandsprodukt keine verlässliche Berechnungsgrundlage mehr, sagte Kramp-Karrenbauer.

„Das Thema zwei Prozent ist zuerst einmal eine Chiffre, von der wir eben sehen, dass in einer Situation, in der das Bruttoinlandsprodukt zurückgeht, man eine höhere Prozentzahl erreichen kann, ohne dass es de facto mehr Geld für die Verteidigung gibt“, sagte die deutsche Verteidigungsministerin bei einem Treffen mit ihrem slowakischen Amtskollegen, Jaroslav Nad.

Sie habe von Anfang an deutlich machen wollen, „dass hinter zwei Prozent konkrete Fähigkeiten stehen, die wir für unsere eigene Sicherheit brauchen, die wir aber insbesondere der Nato zugesagt haben“, so Kramp-Karrenbauer. „Konkret: Für das Jahr 2030 zehn Prozent der Fähigkeiten in der Nato, was im Umkehrschluss bedeutet, dass wir auch von 90 Prozent Fähigkeiten profitieren, die andere zur Verfügung stellen.“

Wie genau der Anteil von Waffensystemen und Soldaten berechnet werden soll, teilte die

Ministerin nicht mit. ...



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32741/81/327418148_0:236:3072:1898_1000x54180_0_0_3768ad460cbf7915d41815246f3b86bc.jpg

de.sputniknews.com: **MH17: Ermittlungen zu Nicht-Sperrung des Luftraums über ukrainischem Kriegsgebiet gestartet**

Im Fall um den Abschuss der malaysischen Boeing über der Ostukraine im Jahr 2014 gehen die Niederlande nun der Frage nach, warum Kiew den Luftraum über dem Krisengebiet nicht gesperrt hatte.

Das teilte das niederländische Außenministerium mit.

Die Ermittlungen sollen parallel zu dem Strafverfahren um den Abschuss des Flugzeuges laufen und könnten laut der Generalstaatsanwaltschaft der Niederlande bis zu sechs Monate dauern. Mit den Ermittlungen soll die in den USA ansässige Organisation Flight Safety Foundation betraut worden sein.

Eine Passagiermaschine der Fluggesellschaft Malaysian Airlines, die sich auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala-Lumpur befand, war am 17. Juli 2014 über der Ostukraine abgeschossen worden. Zum Zeitpunkt der Tragödie war dort schon ein Militärkonflikt im Gange, die Führung in Kiew hatte den Luftraum über dem Krisengebiet nicht gesperrt. Alle 298 Menschen an Bord kamen ums Leben.

Unmittelbar nach der Katastrophe machten die USA und deren europäische Verbündete Russland dafür verantwortlich. Moskau hatte seinerseits die Anschuldigungen stets zurückgewiesen und wiederholt darauf hingewiesen, dass die Ukraine den Luftraum über dem Krisengebiet nicht gesperrt habe und für die Tragödie verantwortlich sei.

Daraufhin wurde die Ermittlungsgruppe (JIT) ins Leben gerufen, die von der Generalstaatsanwaltschaft der Niederlande geleitet wird. Die Ukraine, Belgien und Australien wurden zu den Ermittlungen eingeladen, Russland hingegen ausgeschlossen. Die Ermittlungsgruppe behauptet, die Boeing sei mit einer Rakete vom Typ „Buk“ abgeschossen worden, welche der im Raum von Kursk stationierten 53. russischen Luftabwehrbrigade gehört habe.

Vor einem Strafgericht in den Niederlanden läuft derzeit ein Strafprozess gegen vier Hauptverdächtige – angeklagt sind die drei russischen Staatsbürger Igor Girkin, Sergej Dubinski und Oleg Pulatow sowie der Ukrainer Leonid Chartschenko.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32547/01/325470167_5:368:2904:1936_1000x54180_0_0_5fb313fc7bb7cae3af415e3a3da4c001.jpg

abends:

dnronline.su: Im Informationsministerium der DVR fand eine Pressekonferenz des Vertreters des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR Michail Popow statt, der eine Reihe Einzelheiten über Diversions- und Terrorakte darlegte, die von der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine auf dem Territorium der Republik Krim und der DVR durchgeführt wurden.

„Am 9. Juli 2020 wurden in ukrainischen Massenmedien Audioaufzeichnungen von Telefongesprächen des Expräsidenten der Ukraine Poroschenko mit dem ehemaligen Vizepräsidenten der USA Biden veröffentlicht, worin die amerikanische Seite praktisch die Versuche Kiews kritisierte, einen Diversionskrieg in der russischen Krim im August 2016 zu entfachen.

Am 16. Juli 2020 wurden in einer Reihe von Internetressourcen absolut geheime Dokumente des Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine veröffentlicht, die alle Umstände des erfolglosen Diversions- und Terroraktion in der Krim am 6. bis 8. August 2016 offenlegen.

Im Zusammenhang damit hält das MfS der DVR es für wichtig, eine offizielle Erklärung abzugeben.

Die Materialien der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine, die im Internet veröffentlicht wurden, sind absolut vertrauenswürdig. Das MfS der DVR verfügt über Kopien aller genannten Dokumente, deren Echtheit keinen Zweifel hervorruft. Aus diesen Dokument geht unmittelbar hervor, dass der Leiter des Hauptabteilung Aufklärung Kondratjuk Anfang 2016 die Anweisung gab, praktisch einen Terrorakt auf dem Territorium der RF zu verüben. Dieser Terrorakt wurde von Spezialdiensten zum Preis des Lebens eines Mitarbeiters des russischen föderalen Sicherheitsdienstes zum Scheitern gebracht.

Es ist dokumentarisch bestätigt, dass dieser Terrorakt von einer Einheit der ukrainischen Aufklärung – der Spezialreserve der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine - vorbereitet und umzusetzen versucht wurde, deren Basis in Ljutesh in der Oblast Kiew ist.

Außerdem sind dokumentarisch die Namen aller an diesem Verbrechen beteiligten Funktionsträger der militärischen Aufklärung der Ukraine festgehalten. Mehr noch, diese Mitarbeiter der Spezialreserve sind dem MfS der DVR aufgrund von Verbrechen, die im Donbass begangen wurden, gut bekannt“, sagte Michail Popow.

Weiter berichtete der Presseoffizier des MfS der DVR genauer über die Aufgaben der ukrainischen Aufklärer auf dem Territorium der DVR 2016-2019 sowie wie diese Diversions- und Aufklärungsaktivität dank der professionellen Arbeit von MfS und Innenministerium der DVR unterbunden wurde.

„Wir nehmen an, dass die veröffentlichten Dokumente, die das kriminelle Wesen der Spezialdienste der Ukraine enttarnen, als zusätzliche Beweise bei Strafverfahren in Russland dienen werden“, fasste Michail Popow zusammen.

de.sputniknews.com: „Nicht Aufgabe der Regierung, Beweise vorzulegen“: Berlin über Cyber-Vorwürfe gegen Russland

Im Fall um den angeblich russischen Hackerangriff auf den Bundestag von 2015 sollen der Bundesregierung belastbare Hinweise vorliegen. Allerdings ist die Beweisführung laut einem Sprecher des Auswärtigen Amtes nicht Aufgabe der Regierung. Indes hat Moskau vor einer Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen gewarnt.

„Es ist ja nicht Aufgabe der Regierung, Beweise vorzulegen, so etwas findet in einem justiziellen Verfahren statt“, sagte der Sprecher des Bundesaußenministeriums Christofer Burger in einem Briefing am Freitag.

Am 28. Mai habe die Bundesregierung bereits darauf hingewiesen, dass auf Antrag der Bundesanwaltschaft ein Haftbefehl gegen den russischen Staatsangehörigen Dmitri Badin ausgestellt worden sei. In diesem Zusammenhang sei auch der Antrag der Bundesregierung auf die Listung nach dem EU-Cyber-Sanktionsregime zu werten.

„Wir haben damals auch mitgeteilt, dass belastbare Hinweise vorliegen, dass der Beschuldigte zum Zeitpunkt des Angriffs dem militärischen Geheimdienst GRU angehört hat. Aber die Frage der Beweisführung im juristischen Sinne wird in dem angestrebten Strafverfahren zu führen sein“, so Burger weiter.

2015 sollen Hacker in das IT-System des Deutschen Bundestags eingedrungen sein und mehr als 16 Gigabyte Daten gestohlen haben. Computer in zahlreichen Abgeordnetenbüros waren mit Spionagesoftware infiziert worden, darunter auch Rechner im Bundestagsbüro von Kanzlerin Angela Merkel. Der Angriff hatte zur Folge, dass das IT-System des Parlaments generalüberholt werden musste. Merkel hatte von „harten Evidenzen“ für eine russische Beteiligung und von einem „ungeheuerlichen“ Vorgang gesprochen.

Als Tatverdächtiger gilt der 29-jährige Russe Dmitri Badin. Ihm werden geheimdienstliche Agententätigkeit und Ausspähen von Daten vorgeworfen. Er sei angeblich als Mitglied der Hacker-Gruppe APT28 tätig gewesen, die mit dem Militärgeheimdienst GRU oft in Verbindung gebracht wird.

Verschlechterung der Beziehungen

Laut dem russischen Vize-Außenminister Wladimir Titow ist die Initiative der Bundesregierung, „Cybersanktionen“ der EU gegen Russland zu verhängen, eine „schlechte Nachricht“ für das russisch-deutsche Verhältnis. Solche Sanktionen könnten sich auch auf die internationale Zusammenarbeit in der Informationssicherheit auswirken.

In Moskau werde bedauert, „dass Berlin diesmal als Anstifter und Lokomotive in einer neuen Restriktionsspirale gegen unser Land auftritt“, sagte Titow. Russland seien trotz Aufforderungen bisher keine Beweise dafür vorgelegt worden, dass Bürger des Landes an dem Hackerangriff im Mai 2015 beteiligt gewesen seien. Ohne Belege für eine Schuld Russlands seien die Vorwürfe haltlos.

Cybersanktionen auf EU-Ebene

Die Bundesregierung schlug den EU-Staaten Anfang Juni vor, wegen des massiven Hackerangriffs gemeinsam Sanktionen zu verhängen. Die Entscheidung der EU-Staaten steht noch aus. Es wäre das erste Mal, dass das 2017 beschlossene EU-Cybersanktionsregime angewendet wird. Eine sogenannte Cyber Diplomacy Toolbox soll eine diplomatische Reaktion der EU auf böswillige Aktivitäten ermöglichen. Sie richtet sich nicht gegen ganze

Staaten, sondern gegen Personen oder Gruppen.

Dnronline.su: Heute war der Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“ zwischen der DVR und der Ukraine als humanitärer Korridor geöffnet.

Bis 18:00 Uhr reisten 25 Fahrzeuge und 172 Personen aus. 11 Fahrzeuge und 164 Personen reisten ein.

Wie zuvor bekannt gegeben wurde, erfolgte der Übertritt der Bürger nach folgenden Regeln. Für die Einreise in die DVR ist eine Erlaubnis des behördenübergreifenden operativen Stabs erforderlich.

Für die Ausreise aus der DVR ist ein Wohnsitz auf dem Territorium der Ukraine oder auf dem Territorium der DVR, das zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, notwendig.

Alle Personen, die in die Republik eingereist sind, sind für 14 Tage in Quarantäne, die in medizinischen Einrichtungen der DVR erfolgt und kostenlos ist.

Wpered.su: Kommunisten aus Tores übergaben humanitäre Hilfe an Soldaten

Nach Sachanka wurde humanitäre Hilfe für Soldaten der Donezker Volksrepublik geliefert. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die humanitäre Hilfe war von Vertretern des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR sowie von nicht gleichgültigen Einwohnern der Stadt gesammelt worden. Sie umfasst Lebensmittel, Medikamente, Kleidung, Schuhe, Bücher, Schreibmaterial.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/07/KwaWsDreCp8-1024x768.jpg>

de.sputniknews.com: Wegen Kaufs von S-400: Entwurf von Sanktionen gegen Türkei im US-Kongress eingebracht

Zwei US-Abgeordnete haben einen Entwurf von Sanktionen gegen die Türkei wegen des Kaufs russischer Luftabwehrsysteme S-400 im US-Kongress eingebracht. Das Dokument ist mit „Gesetz zur Verhinderung russischer Rüstungsexporte“ überschrieben, hieß es am Freitag in Washington.

Laut dem Papier gelten die Lieferungen von S-400-Komplexen als ein „signifikanter Deal“, was laut gültigem US-Gesetz Sanktionen erforderlich macht.

Die Lieferungen von russischen Luftabwehrsystemen an die Türkei, die Mitte Juli vergangenen Jahres begannen, lösten eine Krise in den Beziehungen zwischen Ankara und Washington aus. Die USA forderten von ihrem Nato-Partner, den Deal zu kippen und stattdessen US-Komplexe Patriot zu kaufen. Dabei drohten die USA damit, den Verkauf modernster Kampffjets F-35 an die Türkei hinauszuzögern oder gar zu stornieren. Ankara

wollte nicht einlenken.

Russland hatte 2019 einen ersten Vertrag über die Lieferung von vier S-400-Divisionen im Gesamtwert von 2,5 Milliarden US-Dollar an die Türkei erfüllt. Im Juni wurde eine zweite Lieferung ausgehandelt.

Vor einigen Wochen hatte US-Senator John Thune der Türkei vorgeschlagen, die S-400-Komplexe an die USA zu verkaufen. Eine Sprecherin der föderalen Behörde für die militärtechnische Kooperation Russlands mit dem Ausland wies darauf hin, dass ein Weiterverkauf ohne Genehmigung Moskaus unmöglich sei.